

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den 4 Beilagen „Neue Musikier“, „Mode und Heim“, „Garten, Land und Herd“ und „Robo“.

Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vor Mittag 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Anzeigenpreis: Die 6 mal gespalt. mm-Zeile oder deren Raum 5 Pfg.
Kompl. oder tabell. Satz 50 Pfg. Aufschlag.
Jeder Anspruch auf Nachdruck erlischt, wenn der Anzeigenbetrag durch Abdruck eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geht.

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Bezugspreis beträgt für einen Monat 1.10 RM. frei Haus.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstig. irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, d. Lieferanten od. d. Beförderungs-Einrichtungen) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptredaktion: Georg Rühle, Ottendorf-Okrilla. — Vertreter: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.
Postfachkonto Leipzig: 29148. — Fernruf 231. Druck und Verlag: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla. D. N. XII: 400 — Gemeindegeldkonto 136.

Nummer 12 Mittwoch den 31. Januar 1934 33. Jahrgang

Zum 30. Januar.

Heut vor einem Jahr die Kunde erschallt
Hitler ist Kanzler, nun freuet Euch all.
Ander solls werden in unserem Land
Heraus aus dem Elend er führen uns kann.
Bleibet ihm treu, glaubt seinem Wort
Gott hat ihn uns gegeben, als unsern Hort.
Durch alles Schwere mit treuem Mut
Führt er das Volk und schützt sein Gut.
Alles mit großer Liebe er lenkt
Selten nur an sich selber er denkt.
Nun laßt erklingen hinaus in das Land:
Seil unserm Führer, unserm Retter sei Dank!
Kommt, laßt uns bitten, Gott unsern Herrn
Er halte von ihm alles Unheil fern
Und segne ihn täglich für die Tat
Durch die sein Volk er gewonnen hat.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 30. Januar 1934.

Drückende Enge herrschte am Freitag im Gerichtssaal als Herr Ortsgruppenleiter Stible die öffentliche Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe eröffnete. Nach Begrüßung des für den erkrankten sudetendeutschen Redners erschienenen Gau-Redner Dr. Tischer und der zahlreichen Einwohner erhielt Herr Referent das Wort. In glänzender eindrucksvoller Rede mitunter in seinen Vergleichen drastisch und humorvoll, schilberte der bekannte Dresdner Redner den Zweck und die Ziele des Nationalsozialismus. In leichtverständlicher Weise führte er den Werdegang des Aufbaues des neuen Deutschlands und die noch der Erfüllung harrenden gewaltigen Aufgaben so recht vor Augen. Und manchen der Anwesenden wies diese aufklärende Rede wertvolle Bereicherung und Festigung seines politischen Denkens geboten haben. Reicher Beifall dankte dem Dresdner Redner für seine trefflichen Ausführungen. Mit dem Gesang des Horst Wessel-Liedes fand die Versammlung ihr Ende.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Dieser Parole will der hiesige Gesangsverein „Gemischter Chor“ folgen, indem er kommenden Sonnabend im Gasthof zum Roß anläßlich seines 37. Stiftungsfestes ein Gesangskonzert bietet und den Reinertrag der Ortswinterhilfe zur Verfügung stellt. Daran werden Chorlieder aus alter und neuer Zeit, Instrumentalvorträge, und ein der Zeitgeist entsprechendes Theaterstück wird die Vortragsfolge beschließen. Es wird erwartet, daß die Einwohnerzahl die selbstlose Arbeit aller Beteiligten durch zahlreichen Besuch unterstützen.

Gebietsstagung der Turnervereine. Zu einer bedeutungsvollen Tagung hatten sich am Sonntag die Vereinsführer und Oberturnwart des Kreisgebietes 7 Königbrück, dem die Vereine Lausa, Hermdorf, Medingen, Großdittmannsdorf, Ottendorf-Okrilla, Lausnig, Hödendorf, Königbrück, Weichenhain, Reichenau, Neukirch, Schmorlau, Schwepnitz, Zeitzsch, Sacka, Krasau, Gringraben, Dobra, Schönborn und Scharzberg angehören, in Königbrück eingefunden. Nach gemeinsamen Gesang gab der Versammlungsleiter Hähnel wichtige Mitteilungen bekannt u. a. daß die Vereine jede Anordnung der Gebiets- bzw. Kreisleitung als Befehl aufzufassen haben. Auch wurde über Presseangelegenheiten kurz berichtet, wobei die Feststellung gemacht wurde, daß Vereine ihre Programme usw. durch Vereinfachungen heistellen lassen; ein Zustand, der unbedingt wegzufallen habe, denn man könne von den Zeitungsverlegern nicht verlangen, daß sie nur die Berichte veröffentlichen, während die Druckkosten durch Pluck und Schwarzarbeit herbeigeholt werden. Der Jahresarbeitsplan sieht folgende Veranstaltungen vor: 29. April Lehrtag für Männer-, Frauen- und Rinderturnen in Schwepnitz, 3. Juni Volksturnen und Wapweih in Gringraben, 17. Juni Lehrtag in Königbrück, 8. Juli Probeturnen für das Kreisturnfest in Lausa, 9. Sept. Lehrtag in Ottendorf-Okrilla, 18. Nov. Lehrtag in Lausnig. Zum Gebietsführer und Oberturnwart wurde Roß-Königbrück gewählt. Weiter wur-

den Michel-Königsbrück zum Gebietsfrauenturnwart und Richter-Königsbrück zum Presswart ernannt. Nachdem man noch dem bisherigen Führer Hähnel-Kloßke den Dank der Vereine übermittelt hatte, fand die erste Gebietsstagung ihre Ende. Wollen wir hoffen, daß die turnerische Arbeit im neuen Gebiet eine gegenreiche sein möge zum Wohle für Volk und Vaterland.

Kein Baubeginn ohne Vorbescheid über die Reichszuschüsse

Während es bisher zugelassen war, daß ein Hausbesitzer oder Mieter, der einen Reichszuschuß begehrt, nach der Antragstellung die Arbeiten schon vor Erhalt des Vorbescheides beginnen ließ, ordnet neuerdings der Reichsarbeitsminister an, daß ein Zuschuß bei Anträgen, die nach dem 31. Januar 1934 gestellt werden, nicht mehr gewährt werden darf, sofern mit den Arbeiten vor Erteilung des Vorbescheides begonnen ist. Da bei der großen Zahl der allerorts eingehenden Anträge damit gerechnet werden muß, daß nicht mehr allen Anträgen entsprochen werden kann, weist der Reichsarbeitsminister besonders darauf hin, daß diese Regelung streng einzuhalten sein. Anträge auf Zulassung von Ausnahmen, und zwar auch solche an das Reichsarbeitsministerium, sind deshalb zwecklos. Es empfiehlt sich also dringend, mit den Arbeiten nicht mehr vor Erhalt des Vorbescheides zu beginnen.

Dresden. Den Schwiegerjohn niedergestochen. Der 56 Jahre alte Tischler Rudolf Hantisch begab sich in die in der Zirkusstraße gelegene Wohnung seines Schwiegerjohnes, des 40 Jahre alten Friseurs Baier, und stach diesem nach kurzem Wortwechsel einen Dolch in den Rücken. Nach der Tat stellte sich Hantisch der Polizei. Der schwerverletzte Baier mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden. Wie verlautet, hatte das Ehepaar Baier am Tag vorher im gegenseitigen Einverständnis Gift zu sich genommen, das aber nicht tödlich wirkte. Die 33 Jahre alte Frau Baier mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die beiden Kinder des Ehepaares wurden auf Veranlassung der Weichschriftspolizei von Bekannten aufgenommen. Hantisch scheint die Tat aus Erregung über den gemeinsamen Selbstmordversuch begangen zu haben.

Büchsenverder. Betrug mit „Mitdeutschen“. Bei zwei hiesigen Fleischermeistern wurden telefonisch alte deutsche Wurst bestellt mit der Werbung, diese in die Wohnung eines Arztes zu schicken und dem Boten für 50 RM Wechselgeld mitzugeben. Im ersten Fall schöpfte die Botin des einen Fleischermeisters Verdacht und handigte dem im Hausflur des Arztes wartenden Betrüger weder Wurst noch Geld aus. Dagegen gelang es dem Täter im zweiten Fall, dem Lehrling des anderen Fleischermeisters das Geld abzunehmen. Der Betrüger, ein schon mehrfach vorbestrafter, 40 Jahre alter Reisender, Ehrhard Hentel aus Dresden, konnte festgenommen werden, als er den Eisweg nach Dresden betreten wollte.

Dresden. Glätteis. Am Sonnabendvormittag lag es auf den Dresdner Straßen recht gefährlich aus; es fiel Regen, der sich infolge des niedrigen Bodensfrostes sofort in Glätteis verwandelte; Fahr- und Gangbahnen gingen regelrecht ins Eis. Es ist fast als ein Wunder zu bezeichnen, das es bis in die Mittagstunden im Fahrzeugverkehr ohne größere Karambolagen abging. Lediglich auf der Birnaer Landstraße fuhr ein Lastauto in den Straßengraben; die Fahrer blieben unverletzt. Zahlreiche Fußgänger erlitten durch Stürze Verletzungen.

Dresden. Dergute Bekannte — ein Schwindler. Die Kriminalpolizei warnt vor einem jungen Mann, der sich auswärtigen Milchhändlern und anderen Personen als Bekannter vorstellt. Sobald er erfahren hat, wo der Angeprochene zu Hause ist, beruft er sich darauf, der Sohn eines Arbeitgebers oder Lehrers des Ortes zu sein. Im Laufe des Gesprächs erbittet er sich dann ein Darlehen „für ganz kurze Zeit“, von dem sein Vater aber nichts erfahren soll. Obwohl der Schwindler ziemlich plump vorgeht, ist es ihm gelungen, Geldbeträge bis zu 20 RM zu ergaunern. Er ist 19 bis 25 Jahre alt, von schlanker Gestalt und hat dunkles nach hinten gekämmtes Haar. Sollte er erneut auftreten, veranlasse man seine Festnahme.

Bauten. Zusammenstoß der Bekleidungsindustrie. Sämtliche bedeutenden Fabrikanten der Oberlausitzer Berufsbekleidungs-, Sportwäsche- und Schürzenindustrie schlossen sich zu einer Bezirksgruppe der deutschen Bekleidungsindustrie zusammen. Als Verbandsdirektor wurde der bewährte Vorsitzende des Oberlausitzer Schürzen-, Wäsche- und Berufsbekleidungsfabrikantenverbandes, Erich Gebler, Inhaber der Firma Ray Gebler in Bretnig bei Pulitzsch, gewählt.

Bauten. Junges Mädchen wird vermißt. Seit dem 21. Januar ist die 18jährige Hausdame Hildegard Fuchs abgängig. Ueber das Verbleiben des Mädchens fehlt jeder Anhaltspunkt.

Madenburg. Ein Kind in Flammen. Im Rittergut Sacka aeriell das siebenjährige Töchterchen Gertrud bei

Familie Steck dem Ofen zu nahe und die Kleider des Kindes fingen Feuer. Richterlos brennend lief das Mädchen davon. Einer Frau gelang es, ihm die Kleider vom Leibe zu reißen, erlitt dabei aber selbst erhebliche Brandwunden an den Händen. Das Kind wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

Riesa. Ein schwerer Verlust. In Berlin wurde in der Weinedelstraße ein dem Kaufmann Friedrich Höller von hier gehörendes weißes Mercedes-Luxusfahrzeug von unbekanntem Banditen entführt. Der Wagen stellt einen Wert von 30 000 RM dar.

Leipzig. Doch noch gefaßt. Der aus Stuttgart gebürtige 27 Jahre alte Bautechniker Karl Rief machte sich verdächtig, als er auf der Straße Zigaretten zum Kauf anbot; er wurde festgenommen. Die angebotenen Zigaretten hatte er in München durch Scheckfälschung und Betrug erlangt. Er wird seit 1927 von fünf verschiedenen Staatsanwaltschaften wegen Einbruchs- und Rückfallsdiebstahls, Betrugs und Scheckfälschung geludt.

Glauchau. Nach Unterschlagungen flüchtig. Nach Unterschlagung von etwa 400 RM eintausender Gelder der Hamburger Volksfürsorge ist seit 19. Januar der hier wohnhafte, 44 Jahre alte Bergarbeiter Wilhelm Scholz flüchtig.

Chemnitz. Unterschlagungen bei einer Girokasse. Bei Nachprüfung der Geschäftsführung der Girokasse in Plau-Bernsdorf war man auf Unregelmäßigkeiten gestoßen. Der Leiter der Kasse, Sell, wurde entlassen und machte einen Selbstmordversuch, der aber mißglückte. In diesem Zusammenhang sind auch Bürgermeister Schöber und der Kassenbeamte Enselder in Haft genommen worden.

Strehla. Feuertod eines Greises. Der 82jährige Gutsauszügler Ernst Schreiber in Sachslan kam vermutlich in einem Anfall von Schwäche, mit seinen Kleidern dem brennenden Ofen zu nahe; die Kleidung fing Feuer. Der Greis wurde mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf gestorben ist.

Borna. Errichtung eines Thingplatzes. Am Hang der Bergbauerei in den Köcheranlagen soll als „Stätte der Volksgemeinschaft“ ein Thingplatz errichtet werden. Etwa 60 bis 80 Erwerbslose werden auf ein halbes Jahr Beschäftigung finden, da für das Vorhaben 14 215 Tagewerke in Aussicht genommen sind. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 45 000 RM, von denen das Reich 30 000 RM zuzuschießt; die restlichen 15 000 RM werden aus den Ueberflüssen der Stadtkasse gedeckt.

Golditz. Ein gutes Hasenjahr. Das verfloßene Jagdjahr, das mit dem 15. Januar zu Ende ging, ist ein gutes Hasenjahr anzuspochen. Bei achtzehn Treibjagden, die in den Revieren des Amtsgerichtsbezirks durchgeführt worden sind, wurden insgesamt rund 900 Hasen erlegt.

Erimmlichau. Schornsteine rauchen wieder. Die seit Jahren stillliegende Tuchfabrik der früheren Firma F. W. Weigel wurde von der Firma Emil Morgenstern erworben die in dem Fabrikgebäude ihre Wollfabrik einrichten will. Die teilweise sehr veralteten Maschinen der Tuchfabrik, soweit sie nicht nutzbar gemacht werden können, werden auf Abbruch verkauft; die Dampfmaschine z. B. stammt aus dem Jahre 1870.

Zwickau. Der Tod im Förderkorb. Auf eigenartige Weise kam auf dem Vertrauensschacht der verheiratete Bergmann Sorge ums Leben. Beim Einfahren der Mittagsschicht wurde der Förderkorb von einer hölzernen Laufschiene, die sich auf ungehörte Weise gelöst hatte, von unten durchstoßen. Dabei wurde Sorge auf der Stelle getötet. Zwei Bergleute erlitten Verletzungen, die ihre Unterbringung im Krankenstift notwendig machte.

Zwickau. Ins Getriebe geraten. In Hartmannsdorf geriet der in einer Getriedemühle beschäftigte landwirtschaftliche Gehilfe Kurt Vent, als er einen Treibriemen auf das Treibrad legen wollte, in das Getriebe. Er wurde an der Jacke erfaßt und mehrmals umhergeschleudert. Der Verunglückte konnte erst nach Abstellung des gesamten Betriebswerkes aus seiner verzweifelten Lage befreit werden. Er wurde mit schweren äußeren und inneren Verletzungen in das Krankenstift eingeliefert.

Einstellung in die Landespolizei

Junge unverheiratete Leute, die Lust und Liebe für den Polizeibeamtenberuf haben, können sich um Einstellung in die Landespolizei bewerben. Gefordert wird: Unbescholtenheit, Zugehörigkeit zu einem Wehrverband (HJ, SA, SS, St und dergl.), sächsische Staatsangehörigkeit (Nichtachsen müssen ihren Wohnsitz in Sachsen haben), vollendetes 18. bis vollendetes 20. Lebensjahr, Größe ohne Fußbekleidung möglichst 1,70 Meter, mindestens jedoch 1,68 Meter, körperliche und geistige Eignung für den Polizeibeamtenberuf. Gesuche mit ausführlichem Lebenslauf können jederzeit an die Landespolizeischule Meißen gerichtet werden.

Kirchennachrichten.

Dienstag, abends 8 Uhr Gottesdienst.
Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus.



Neue Regierungskrise in Frankreich

Chautemps tritt zurück. — Daladier voraussichtlich Nachfolger.

Paris, 28. Januar. Das französische Kabinet Chautemps hat am Sonnabendnachmittag, wie zu erwarten war, beschlossen, zurückzutreten. Staatspräsident Lebrun hat den Rücktritt angenommen und die Minister gebeten, die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterzuführen. Wie Chautemps beim Verlassen des Elyse erklärte, hat der Präsident der Republik den Ministerpräsidenten gebeten, die neue Regierung zu bilden. Chautemps hat aber abgelehnt.

Chautemps Begründung.

Ueber die Sitzung des Kabinettsrates, in deren Verlauf der Rücktritt der Regierung beschlossen wurde, wird eine Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: Der Ministerpräsident legte seinen Amtsgenossen die Verhältnisse dar, unter denen sich der Rücktritt des Justizministers vollzogen hat. Der Justizminister, der im Zusammenhang mit dem Fall Sacazan, der fünf Jahre zurückliegt und seinerlei Beziehungen zum Staviski-Standal habe, beschuldigt worden sei, habe es in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten für seine Pflicht gehalten, seine volle Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, um seine Verteidigung sicherzustellen und die Klärung der Wahrheit zu fördern. Der Ministerpräsident habe infolgedessen den Rücktritt gebilligt.

Im Zusammenhang mit der durch diesen Rücktritt geschaffenen politischen Lage erklärte der Ministerpräsident, daß seine Regierungsführung in den letzten Tagen mehrmals von der großen Mehrheit beider Kammern gutgeheißen worden sei. Die Regierung bleibe deshalb in ihren Beschlüssen frei. Das öffentliche Leben werde jedoch in Augenblick unter dem Einfluß der Wirren, die der Standal in der Öffentlichkeit hervorgerufen habe. Dieser Standal diene außerdem der politischen Propaganda als Vorwand für ihre Betätigung. Der Rücktritt des Justizministers mache der Regierung die Erfüllung ihrer Pflicht noch schwerer. Er, Chautemps, habe deshalb seinen Amtsgenossen vorgeschlagen, dem Staatspräsidenten den Gesamtrücktritt des Kabinetts zu unterbreiten, um einem neuen Kabinet die Fortführung der Regierungsgeschäfte zu ermöglichen. Der Kabinettsrat habe diesen Vorschlag einstimmig angenommen.

Drei Mitglieder des Kabinetts Chautemps belastet.

Paris, 28. Januar. Der Rücktritt Chautemps wird als unvermeidliche Folge des Staviski-Standals und seiner Auswirkungen bezeichnet. „Wie hätte“, schreibt das „Journal“,

das Kabinet sich halten können, nachdem vor einigen Tagen der Kolonialminister gehen mußte, nachdem jetzt der Justizminister zurückgetreten ist und nun ein drittes Regierungsglied (gemeint ist der Finanzminister Bonnet) durch ein Dokument belastet wird? — „Matin“ erklärt, es sei notwendig geworden, endlich Platz zu machen, damit überall hineingekehrt werden könne. — Tubelard erklärt, „Echo de Paris“, daß es nunmehr Ausschluß zu erhalten hoffe über die hundert Scheids, die Bonnaure von Staviski erhalten haben soll. Das Drama der Regierungskrise sei, so behauptet das Blatt, nur so zu verstehen, daß Bonnaure für Wahlwede der radikalsozialistischen Partei diese Gelder erhalten und Chautemps aus diesem Grunde verüßt habe, bis zuletzt einen Daladier und einen Ragnaldo zu bedenken.

Lebrun beauftragte Doumergue.

Paris, 28. Januar. Der Präsident der Republik hat heute abend telefonisch dem ehemaligen Präsidenten der Republik, Gaston Doumergue, der dem Parlament zurzeit nicht mehr angehört, auf seinem Landsitz in Tourneville die Kabinettsbildung angetragen. Doumergue hat dieses Angebot nicht angenommen, und zwar mit der Begründung, daß er insolge seines hohen Alters nicht mehr in der Lage sei, ein so schweres Amt zu übernehmen. Der Präsident der Republik dürfte am Montagvormittag die Persönlichkeit ins Spiel bringen, der er nach der Ablehnung Doumergues den Auftrag zur Kabinettsbildung anbieten wird.

Daladier beim Präsidenten der Republik

Paris, 29. Januar. Um 10 Uhr traf Daladier im Elyse ein. Man nimmt an, daß er vom Präsidenten Lebrun mit der Kabinettsbildung beauftragt wird.

Aus der Kanzlei des Präsidenten wird mitgeteilt, daß Präsident Lebrun zu Beginn der Regierungskrise mit Senatorpräsident Jeanneney Fühlung genommen hatte, daß dieser aber das Angebot, die Regierungsbildung zu übernehmen, abgelehnt hat.

Daladier bittet sich Bedenkzeit aus.

Paris, 29. Januar. Der Abgeordnete Daladier verließ um 10.40 Uhr das Elyse. Den Berichterstattern erklärte er, daß der Präsident ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung angeboten habe. Im Laufe des Abends werde er den Präsidenten erneut besuchen und ihm nach inzwischen erfolgter Befragung seiner politischen Freunde die endgültige Antwort geben.

Daladier erklärte, es sei seine Absicht, eine Regierung energischer und achtenswerter Männer zu bilden, die entschlossen sind, die Autorität des Staates im Vertrauen auf die Republik wiederherzustellen.

Deutscher Verständigungspakt mit Polen.

Für die Dauer von 10 Jahren unterzeichnet. Berlin, 26. Januar. Der Reichsaußenminister und der polnische Gesandte haben am Freitagvormittag im Auswärtigen Amt eine Erklärung unterzeichnet, derzufolge zwischen Deutschland und Polen zur Festigung des Friedens in Europa und im Sinne des Kellogg-Paktes ein 10-jähriges Verständigungsabkommen geschlossen wird. Danach verpflichten sich beide Staaten, alle Fragen, welche auch immer, die zwischen ihnen aufreten können, in unmittelbarer Verständigung zu regeln.

Die unterzeichnete Erklärung hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung und die polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen. Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist.

Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundzüge zu stützen, und wollen, in soweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundzüge genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind. Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen.

Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Vereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einverständnisses eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind.

Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundzüge geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtert, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Ueberzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Warschau ausgetauscht werden.

Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausch der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regie-

rungen sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alldann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, 26. Januar 1934.

Für die deutsche Regierung: Freiherr von Neurath.

Für die polnische Regierung: Joseph Lipski.

Freude und Genugtuung in Deutschland

Berlin, 27. Januar. Das Verständigungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Polen wird von der gesamten Berliner Morgenpresse mit Freude und Genugtuung begrüßt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht besonders, daß bei dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens nicht jene allgemeine pazifistische Ideologie Pate gestanden hat, die den Pariser Pakt vielfach zum Gelpött werden ließ, und nicht die Vorstellung internationaler Verbündung, die im Völkerbund ad absurdum geführt worden ist, sondern das gerade Gegenteil davon: Der Wunsch zweier Nationen, die vielen brennenden Fragen, die sie trennen, ohne Einmischung dritter Interessenten einer Lösung entgegenzuführen. Der Wille zur direkten Verständigung ist der Kern dieses Abkommens und darin unterscheidet es sich gerade grundtätlich vom Kellogg-Pakt. — Die „Deutsche Zeitung“ schreibt unter anderem: War der Völkerbund Austritt Deutschlands der entlöschene Schlüssel unter die ausweglose, sich in ewigen Harn aufhehende, zu wirklichen Friedenszeiten unzulässige Politik, so beweist das nationalsozialistische Deutschland mit diesem Abkommen, daß es allen Widersachern zum Hohn wirklich, großer, epochengerechter Friedensstufen fähig ist. Das nationalsozialistische Deutschland und sein Führer Adolf Hitler können für sich in Anspruch nehmen, etwas geschaffen zu haben, was nicht nur für Deutschland, sondern für die Verständigung der Völker überhaupt und für die Sicherung des Friedens unter den Völkern von außerordentlicher Bedeutung ist.

Auch Polen ist befriedigt.

Warschau, 27. Januar. Das deutsch-polnische Abkommen wird hier als Tatsache bezeichnet, die in der neuesten Geschichte Polens einzig dastehet. Die meisten Blätter beschränken sich vorläufig darauf, über das am Freitag abgeschlossene Abkommen umfangreiche Berichte zu veröffentlichen, ohne es bis ins einzelne zu kommentieren. Der regierungsfreundliche „Kurier Poranny“ schreibt unter anderem, daß das Abkommen in den deutsch-polnischen Beziehungen eine tiefe und dauerhafte Befriedung hineinbringe. Die Festigung des Friedens sei eine bedeutende Etappe auf dem Wege der Befriedung von ganz Europa. Der großindustrielle „Kurier Polski“ unterstreicht den Umstand, daß die bestehenden internationalen Abmachungen der vertraglichschließenden Länder in keiner Weise berührt werde.

England erwartet starke Rückwirkungen

London, 27. Januar. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, daß die Unterzeichnung des Abkommens die ganze internationale Lage beträchtlich erleichtern sollte. Auch auf die Abrüstungslage werde das Abkommen günstig wirken, denn es sei so gut wie sicher, daß Polen jetzt der deutschen Forderung auf sofortige Gleichberechtigung inmilitärisch gegenüberstehen werde. Das Blatt meint, daß Deutschland jetzt ohne Zweifel sein Bestreben für ein ähnliches Abkommen mit der Tschechoslowakei wiederholen werde. Jedenfalls werde es wahrscheinlich erneut einen Nichtangriffspakt Frankreich anbieten. Jetzt würde es den Franzosen schwerfallen, zu antworten: „Jawohl, aber was geschieht mit Polen?“ — „Times“ schreibt in einem Leitartikel zum deutsch-polnischen Abkommen unter anderem: Seitdem Adolf Hitler zur Macht gekommen sei, hätten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ständig gebessert. Der Reichskanzler habe von neuem gezeigt, daß er zwischen einem Agitator

und einem Staatsmann einen Unterschied mache. Man müsse es auch begrüßen, daß zum erstenmal seit dem Krieg ein französischer Mannschaft an dem internationalen Reitturnier in Berlin teilnehme. Es sei klar, daß ganz Deutschland der Führung der Regierung Adolf Hitlers folgen werde. Die Ereignisse vom Freitag ermutigen zum mindesten zu der Hoffnung, daß Deutschland bei einer sowohl praktisch als grundsätzlichen Anerkennung ein guter Nachbar sowohl nach Westen wie nach Osten hin sein werde. Abschließend wirft die „Times“ die Frage auf, ob Deutschland nicht denselben Grundsat auf das deutschsprechende Land im Süden anwenden könne.

Zukunftshoffnungen in Frankreich.

Paris, 27. Januar. Der Berliner Berichterstatter der „Matin“ bezeichnet den Vertragsabschluß als Ereignis von beträchtlicher Tragweite. Er hebt hervor, der Vertrag beweise klar, daß Deutschland seinerseits die Bündnisse Polens mit Frankreich und mit Rumänien sowie die Beziehungen des Warschauer Kabinetts mit dem Völkerbund vorbehaltlos anerkenne und andererseits sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten Polens einmischen werde. — „Eclair“ schreibt: Die französische öffentliche Meinung werde ohne sich Illusionen zu machen, dieses Abkommen ganz akzeptieren, da für die Gegenwart die an der Weidh vorhandene Sturmzeit sich zu beruhigen. Die Verantwortung Frankreichs werde dadurch in glücklicher Weise entlastet. Frankreich wie Polen würden mit freien Köpfen die Fragen Mitteleuropas prüfen können. Der deutsch-polnische Vertrag habe mehr psychologische und symbolische Bedeutung. Schon die Tatsache, daß er eine Entspannung zwischen Berlin und Warschau bedeute, rechtfertige den Abschluß genügend.

Der Kernschiffhelm geht in der SA auf.

München, 27. Januar. Die oberste SA-Führung gibt bekannt, daß der bisher noch in der SA. I. weiler bestehende Kernschiffhelm mit der SA. völlig verschmolzen wird und unter den Befehl des SA. Gruppenführers tritt, in dessen Bereich die SA. I. Einheiten liegen. Hand in Hand mit dieser organisatorischen Maßnahme legt der bisherige Kernschiffhelm den Feldgrauen No. 2 ab. Ähnliche SA. Gliederungen tragen nunmehr künftig einheitlich das braune Ehrenkleid.

Zu der Eingliederung der SA. Reserve I (Stahlhelm) in die SA. hört man von Stahlhelmseite, daß a u s f ü h r l i c h e Befehle für die nächsten Tage erwartet werden. Der Inhalt der Abmachungen dürfte etwa der folgende sein: Die bisherigen Reservformationen der SA. und SA. Reserve I (Der Stahlhelm) werden zu einer einheitlichen SA. I. die völlig im Verband der gesamten SA. steht, zusammengefaßt. Die Mitglieder der bisherigen SA. I. (Stahlhelm) bleiben mithin Mitglied des Stahlhelmbundes der Frontsoldaten. Dieser Bund bleibt in Anerkennung seiner Verdienste nach dem Willen des Führers und des Stabschefs mit seinem sozialen Apparat, mit seinen finanziellen Einrichtungen, mit seiner Presse usw. unter Führung seines Gründers, des Reichsarbeitsministers Franz Seibte, erhalten.

Jeder Stahlhelmliniker, der aus beruflichen oder persönlichen Gründen eine aktive Tätigkeit in der SA. Reserve nicht ausüben kann, hat also die Möglichkeit, als Mitglied einer Ortsgruppe des Stahlhelms auch weiterhin der nationalsozialistischen Bewegung verbunden zu bleiben.

General von Horn zurückgetreten.

Oberst Reinhard Führer des Kfsh. Führers. Berlin, 27. Januar. Reichspräsident v. Hindenburg, der Schirmherr des Deutschen Reichskriegerbundes Kfsh. Führer, hat den Rücktritt des Kfsh. Führers, General a. D. der Artillerie v. Horn, genehmigt. General v. Horn führte seit sieben Jahren den Kfsh. Führer und es ist ihm gelungen, diese höchste Einheit ehemaliger Soldaten geschlossen dem Volkskanzler des neuen Deutschen Reiches, Adolf Hitler, zu unterstellen.

Der Reichspräsident hat an General v. Horn folgendes Hand schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr General! Mit Ihrer Absicht, von dem Amte des Bundesleiters des Deutschen Reichskriegerbundes Kfsh. Führer zurückzutreten, erkläre ich mich in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe einverstanden. Bei Ihrem Ausscheiden aus diesem Amte gedenke ich der wertvollen vaterländischen Arbeit, die Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit als Führer des Kfsh. Führers geleistet haben, und spreche Ihnen hierfür herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung aus. In alter Kameradschaft verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener v. Hindenburg.“

Die am Sonnabend zusammengekommenen Landesführer des Kfsh. Führers haben einstimmig den Oberlandesführer der SA. v. R. 11, Oberst a. D. Reinhard, gebeten, die Führung des Kfsh. Führers zu übernehmen. Der Oberlandesführer erklärte sich bereit, die Führung zu übernehmen und sicherte zu, daß Kfsh. Führer in seinem Bestande zu erhalten.

Unzulässige Anweisungen an die Presse.

Berlin, 28. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind wiederholt Fälle vorgekommen, in denen die Presse von unbefugten Stellen, von Organisationen, Verbänden usw. angewiesen worden ist, über bestimmte Fragen entweder in bestimmter Weise zu berichten oder nicht zu berichten, oder auch Äußerungen über bestimmte Fragen den betreffenden Stellen, Organisationen, Verbänden usw. vor Veröffentlichung zur Prüfung vorzulegen. Ein derartiges Verhalten ist unzulässig. Zu Anordnungen an die Presse ist ausschließlich die zum Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gehörige Presseleitung der Reichsregierung, sowie die im Einvernehmen mit dieser arbeitenden behördlichen Pressestellen befugt. Anordnungen anderer Stellen brauchen von der Presse nicht befolgt zu werden.

Vollziehung des Reichsrates am 30. Januar

Berlin, 27. Januar. Der Reichsrat ist jetzt zu seiner ersten Vollziehung für den 30. Januar nach dem Reichstagsgebäude einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nur drei Punkte, und zwar zunächst die Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung, ferner die Bekanntmachung in der Zeit vom 22. September 1933 ab im Umlauf erledigten Sachen und als dritter Punkt Verschiedenes.

Bereidigung der politischen Leiter

Berlin, 27. Januar. Die 14. Wiederkehr des Tages an dem Adolf Hitler in einer ersten großen Versammlung in München das Programm der Partei verkündete (30. Februar 1920), ist als Zeitpunkt für eine feierliche Bereidigung der politischen Leiter sämtlicher Gaue bestimmt worden. Alle Gaue halten am 24. und 25. Februar Gaue-

vierteilige... Am 27. Sonntag... werden die... Die... hat... über... und... Verteidigung... von Mün... brachte die... len, wird... Bereidigung... Die... Berlin... Büro des... schlafen... zu einer... in p... sprach... nach... lan... den: Unter... Reichsfür... Reichsführ... ihre un... Führer... der Kritik... das Drit... es, we... auseinand... der Staat... Die r... unter dem... und in... durchgeführ... verhäng... Mitteln d... Die... Mosk... nist... General... samte... id über... wickelte... sigen Wir... in Europ... geigigt, w... lebung, b... erlebt hat... der Künft... Im n... in den Be... sowohl es... unton pro... ehungen... international... gende... Die... die j... Richtung... gewesen... die chine... glaubliche... und verle... Schön. G... zur Befäh... japanische... in zur D... in Wir... zu allen... herbeizuf... mehr tun... Die... Hie... „Ur... klag er... kommen... lyl... stellt auf... fähle... methode... man so... würde, be... freier... Schö... „B... bin, fest... den Wa... stumm i... „Biele... bekannt... gefimor... Un... lassen... ngen... „St... schwer... hin dur... hier... „Pa... war ihr... daß ihr... wieder... „B... „B... was gel... „B... „B...

Roosevelts Goldgesetz tritt in Kraft.

Washington, 29. Januar. Im Bundesrat fand nunmehr die Debatte über den Goldreserveakt, den das Repräsentantenhaus bereits angenommen hat, ihr Ende. Damit ist dieses wichtigste und revolutionärste amerikanische Bankgesetz verabschiedet.

Der Gesetzentwurf über die Währungsreform wurde am Sonnabendabend auch vom Senat angenommen, nachdem das Repräsentantenhaus bereits vorher seine Zustimmung gegeben hatte. Der Senat hatte vorher den Zusatzantrag des Senators Pittman angenommen, der Roosevelt ermächtigt, die Parität zwischen dem Gold- und Silberdollar durch Herabsetzung des Gewichts des Silberdollars bis zu 60 v. H. aufrechtzuerhalten und Silber-Zertifikate herauszugeben.

Sobald nun Präsident Roosevelt seine Unterschrift unter das Gesetz vollzogen hat, hat in Amerika die Goldmünze aufgehört zu existieren. Gold wird künftig nur in Barrenform zur Bezahlung einer etwaigen passiven Handelsbilanz ausgegeben werden. Im Senat gab es zwar, wie vorausgesetzt wurde, eine mehrere Tage währende hitzige Debatte, aber schließlich siegte auch hier der überragende Einfluß von Roosevelts Persönlichkeit.

Je eher nun das Gesetz in Kraft tritt, desto früher kann die Regierung ihren Kampf gegen ausländische Wertsuche, den Dollar hochzutreiben, energisch aufnehmen. Der Bericht des Ausschusses kennzeichnet gerade das als die wesentliche Aufgabe des dem britischen Muster nachgebildeten Ausgleichsfonds, und wenn im Gesetz von Stabilisierung gesprochen wird, so bedeutet das in erster Linie die Verteidigung gegen derartige Angriffe, also eine

künstliche Niedrighaltung des Dollars zwecks Wiedereroberung der Auslandsmärkte, die infolge einer ungeeigneten hohen Währung verlorengegangen sind. Ein weiterer Zweck ist die Erhöhung der Inlandpreise für Rohstoffe und Nahrungsmittel, die Weltmarktpreise haben.

Wie oft schon ausgeführt, ist die amerikanische Finanzwirtschaft infolge der aktiven Zahlungsbilanz des Landes und infolge des Vorhandenseins aller notwendigen Bedarfsgegenstände in der schwierigen Lage, daß der Dollar, wenn er sich selbst überlassen bleibt, steigt, anstatt zu sinken. Dies hat zur Krise wesentlich beigetragen, die Stabilisierung würde alsbald ein erneutes Steigen des Dollars zur Folge haben. Deswegen hat Roosevelt, indem er sich eine zehnprozentige Marge vorbehielt, ein Element der Unsicherheit absichtlich eingeführt, um dem Dollar ein Gewicht anzuhängen, das ihn vor dem Steigen schützen soll. Außerdem hat er den Zwei-Milliarden-Ausgleichsfonds, mit dem die Regierung „aus Notwehr“ fremde Devisen kauft und dadurch den Dollar drücken kann, bis die anderen Großmächte die Hoffnungslosigkeit solcher Attoden einsehen und sich zu einem Stabilisierungsabkommen bequemen. Beide Häuser des Bundeskongresses haben sich diesen Plänen Roosevelts gefügt.

Die Klagen der Gläubiger beschwichtigte man mit dem Argument, daß der Gläubiger ja einen Dollar von gleicher Kaufkraft erhalte wie zu der Zeit, wo er sein Geld auslieh, und dem Schuldner verspricht man leichtere Abtragung seiner Schulden durch diesen billigeren Dollar. Dem Ausland verspricht man Stabilisierung bei entsprechendem Eingehen auf die Erfordernisse der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls droht man mit erbittertem Verteilungskampf.

Wir müssen das Land vor Ueberraschungen schützen und auf einen Angriff gefaßt sein. Wir fürchten uns nicht vor Drohungen und wir sind bereit, jeden Schlag mit einem Gegenschlag zu beantworten. Wer den Frieden will und Geschäftsbeziehungen mit uns anzubahnen sucht, wird stets bei uns Unterstützung finden. Stalin streifte dann noch kurz die Beziehungen zu Deutschland, wobei er behauptete, daß in Deutschland angeblich sowjetfeindliche Kräfte am Werke seien. Die Sowjetunion jedoch, fuhr Stalin fort, trete dennoch für die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland ein.

Stalin auf dem Moskauer Parteikongreß.

Moskau, 28. Januar. Auf der 17. Tagung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hielt Stalin als Generalsekretär der Partei eine mehrstündige Rede über die gesamte inner- und außenpolitische Lage. Nach einem Ueberblick über die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise entwickelte Stalin bis ins einzelne die bekannten sowjetrussischen Wirtschaftstheorien. Die gesamte Weltwirtschaftskrise in Europa, Asien und in den Vereinigten Staaten habe gezeigt, wie krank die kapitalistische Wirtschaft sei. Die Weltwirtschaftskrise, die man in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 erlebt habe, sei, so behauptete Stalin, auf eine Steigerung der Krisen zurückzuführen.

Im weiteren Verlauf der Ausführungen betonte Stalin den Wunsch der Sowjetregierung, um die Friedensbeziehungen zu der ganzen Welt aufrechtzuerhalten, obwohl es Mächte gebe, die einen Konflikt mit der Sowjetunion provozieren wollten. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Amerika bezeichnete Stalin als eine wichtige internationale Aktion. Es sei dadurch für eine fruchtbringende Zusammenarbeit die Grundlage geschaffen worden. Die Beziehungen zu Japan verdienten die größte Aufmerksamkeit.

Die japanische Ablehnung, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen, sei ein sehr wichtiger Akt gewesen. Das gleiche gelte von den Verhandlungen über die chinesische Ostbahn. Japanische Agenten beginnen ungläubliche Dinge gegenüber sowjetrussischen Angestellten und verletzen dauernd die Gesetze auf der chinesischen Ostbahn. Ein Teil der japanischen Militärpartei rufe offen zur Besitzergreifung der russischen Küstengebiete auf und die japanische Regierung halte es nicht einmal für notwendig, sie zur Ordnung zu rufen.

Wir wollen den Frieden, betonte Stalin, und wir sind zu allen Maßnahmen bereit, um eine normale Situation herbeizuführen. Wir können aber in dieser Richtung nichts mehr tun.

Schweres Erdbeben in Mexiko.

Mexiko-Stadt, 29. Januar. Ganz Süd- und Mittel-Mexiko wurde am Sonntagabend von einem Erdbeben erschüttert. Die mexikanische Hafenstadt Acapulco am Süden Ozean hat schweren Schaden erlitten. Viele Häuser weisen große Sprünge auf. Ungaben über Tote und Verletzte liegen nicht vor. Man nimmt jedoch an, daß die Verluste recht umfangreich sein werden.

Mexiko, 29. Januar. Das Erdbeben löste in der Hauptstadt großen Schrecken aus. Die Bevölkerung flüchtete auf die Straßen, mehrere Verletzte wurden im Gedränge verletzt. Materialschaden ist in der Hauptstadt bisher nicht gemeldet worden, dagegen blieb in Acapulco fast kein Haus unbeschädigt. Die Bevölkerung brachte die Nacht im Freien zu. In Amecameca, das nördlich des Vulkan Popocatepetl liegt, soll abends am Himmel ein Feuerball, möglicherweise ein Meteor beobachtet worden sein.

Aus aller Welt.

Zwischenfälle bei einer Kaiser-Geburtstagsfeier. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Am Freitagabend veranstalteten die Offiziersverbände in Berlin anlässlich des Geburtstages des früheren Kaisers einen Festabend in den gesamten Räumen des Zoo. Bei der Anfahrt der Teilnehmer kam es verärgertlich zu Jurnen, weil entgegen dem erlassenen Verbot verschiedene Teilnehmer in Stahlhelminform und mit Hakenkreuzbinden erschienen waren. Im Verlaufe der Festrede des Grafen von der Woltz entstand unter einem Teil der Zuhörer eine starke Empörung. Als von der im Saal herrschenden Empörung

Nachricht zu der vor den Festjalen stehenden Menschenmenge gelangte, versuchte diese, in den Saal einzudringen. Die eingedrungenen 50 bis 60 Personen wurden gemeinsam durch SA und Polizei aus dem Saale gedrängt. Der Versammlungsleiter schloß infolge der herrschenden Unruhe vorzeitig die Versammlung. Zu Tätschkeiten ist es nicht gekommen. Eine eingehende Untersuchung ist auf ausdrückliche Anweisung des preussischen Ministerpräsidenten in die Wege geleitet worden.

Revision im Raikowitsch-Prozess. Wie die Justizpressestelle Berlin mitteilt hat die Staatsanwaltschaft im Prozess gegen die Mörder des Sturmführers Raikowitsch und des Polizeioberwachmeisters Jaurig Revision eingelegt. Der Prozess wird voraussichtlich noch einmal zur Verhandlung kommen. — Damit ist dem Gerechtigkeitsgefühl des größten Teiles des deutschen Volkes Genüge geschehen, das dem Urteil im Raikowitsch-Prozess verständnislos gegenüberstand. Dieses Urteil war zwar nach dem Buchstaben des Gesetzes gefällt, keinesfalls aber nach dem Geist des Gesetzes und nach dem heute geltenden Rechtsempfinden.

Bremer Firma verteilt 100 000 RM. an ihre Mitarbeiter. Aus Anlaß des Jahrestages der Nachtübernahme durch den Nationalsozialismus und aus Dankbarkeit gegen unferen Führer, so schreibt der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bremer Tabakfirma Martin Brinkmann AG., wird der Betrag von 100 000 RM. gleichmäßig an die 5000 Mitarbeiter verteilt. Die Auszahlung für jeden Angestellten und Arbeiter in Höhe von 20 RM. erfolgt am 29. Januar.

Auto fährt in marschierende SA-Kolonnen. In Berlin-Lichterfelde fuhr ein Personenkraftwagen von hinten in eine marschierende SA-Kolonnen, wodurch der SA-Mann Otto Schöning aus Steglitz schwer am Kopf und fünf andere SA-Männer leicht verletzt wurden.

Zwei SA-Leute Opfer des Zwinmünder Berkehsunglücks. Zu dem schweren Berkehsunglück, das sich in der Nacht zum Sonnabend auf der Bäderhauser Zwinmünde-Uferdamm ereignet hat, wird nunmehr gemeldet, daß von den in das Zwinmünder Krankenhaus eingelieferten drei Schwerverletzten die SA-Leute Karl und Rosenthal, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben sind.

Brand in einem mandschurischen Krankenhaus. In der Stadt Sjanpin (Mandschurei) brach im Krankenhaus infolge Explosion eines Benzinhalters ein großer Brand aus. Das aus Holz bestehende Gebäude wurde vollkommen eingeeichert. Bis jetzt wurden 15 Tote geborgen.

Der Oelmagnat

Roman von E. Marquardsen (Rampdhöner). (Nachdruck verboten).

Hier lachte der Russe vor sich, fuhr aber sogleich fort: „Und Sie, Mütterchen, wollen mit dieser besonders hübsch erkrankten Art, in dem Dienst des Mannes zu kommen, wem helfen... wem, Mütterchen?“

Mariette sah den Mann ratlos an, der sich nahe zu ihr gebeugt hatte und den Blick seiner stehenden Augen fast auf sie richtete. In einer Boge erschrocken Entsetzen schaute Mariette urplötzlich den Griff seiner Geheimmethoden sich nun auf sie legen und verstand auch, daß man folchem Blick gegenüber alles zu sagen bereit sein würde, das der Frager hören wollte. Doch da kam ihr bestehend der Gedanke an Mac Intyre, an ihn und seinen Schatz. Sie richtete sich auf und sagte lächelnd: „Wissen Sie nicht, daß ich bei Mac Intyre angestellt bin, seit angestellt? Ich war es schon, bevor ich in Zürich den Wagen bestieg.“

Mariette erhob sich und sagte zu Stroganoff, der stumm und verängstigt im Hintergrund gestanden hatte: „Vielen Dank für die Vermittlung der liebendwürdigen Bekanntschaft Ihres Freundes, Bekter. Guten Tag, Sergej Desimowitsch. Ich muß jetzt fort.“

Und sie ging davon, sogar den Russen erkaunt zurücklassend, während Stroganoff sich der ziemlich jämmerlichen Rolle, die er gespielt hatte, voll bewußt wurde. Mariette fühlte ihre Arme zittern, es wurde ihr schwer, unbelümmert zu gehen. Als sie die Halle zum Lift hin durchquerte, kam ihr der Kurier Williams entgegen. „Verzeihung, Madam, aber Mr. Mac Intyre ist hier.“

Mariette ließ ihn nicht zu Ende sprechen. So groß war ihr die Erleichterung, die ihr diese Mitteilung gab, daß ihr Herz einen schnellen Schlag tat und sie sich dann wieder ganz ruhig und geborgen fühlte. „Wo ist er?“ fragte sie hastig. „Williams sah sie erkaunt an und antwortete zögernd: „Zum Lunchen gegangen; aber... Madam... ist was gekommen?“

„Ja, das heißt nein; wo ist Mr. Mac Intyre?“

„Bitte hier, Madam.“

Williams ging voran, Mariette sagte:

(Fortsetzung folgt.)

Sachsen marschiert!

Ein Jahr nationalsozialistischer Arbeit

Die „Dresdner Neueste Nachrichten“ veröffentlichen folgenden Aufsatz des Leiters der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei, Oberregierungsrat Arthur Graefe.

Die Zahl der Arbeitslosen ist um ein Drittel gesunken, die Umsätze in der deutschen Wirtschaft sind von Monat zu Monat im Steigen, die Fehlbeträge aus den öffentlichen Etats werden immer geringer, die Spareinlagen gehen wieder nach oben, das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Leistungsfähigkeit ist im Anwachsen. Das ist, kurz gesagt, die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach einem Jahr Reichsanzlerschaft Adolf Hitlers, nachdem es vorher von Jahr zu Jahr mit beängstigender Gleichmäßigkeit bergab gegangen war. Das ist auch die Lage in unserm Industrie- und Gewerbegebiet, das unter dem Vordrängen der Konjunktur und der Verfeinerung am meisten zu leiden hatte. Um so stärker mußten hier die Anstrengungen sein, aus dem Elend der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

Was dabei in unermüdlicher vorwärtsdrängender Zusammenarbeit von Regierung und Parteistellen geschafft worden ist, kann sich durchaus sehen lassen. Die großzügige Mittelstandsaktion mit den Hausinstandsetzungsbeiträgen, den Bauförderzuschüssen, den Ehestandsdarlehen und den zahlreichen Verordnungen zugunsten des Kleinhandels und des Handwerks rettete zahllose Existenzen vor dem Ruin; die Auftragsbeschaffung für die besonders darniederliegenden Zweige im Grenzlandgebiet — Spitzen und Klöppeleien, Musikinstrumente, Spielzeug, und Holzschmiedwaren, künstliche Blumen — war in vielen Fällen Hilfe in höchster Not; die großen Arbeitsbeschaffungsaufräge des Reiches und die Hilfsmassnahmen des Landes im Gesamtwerte von weit über 100 Millionen RM wirkten auf alle Wirtschaftszweige des Landes befruchtend. Gewaltig ist das bereits geleistete. Aber noch größere Aufgaben stehen für die neue Arbeitsschlacht bevor.

Große Projekte des Staates werden dafür sorgen, daß Hunderttausende von Arbeitern wieder in Lohn und Brot kommen können. Da steht neben umfangreichen Flußregulierungen in Mittelsachsen der Baubeginn des Elster-Saale-Kanals bei Leipzig bevor. Zu dem Projekt des Elbe-Ausgleichsbeckens bei Pirna tritt die Weiterführung der Arbeiten an den Stauseen bei Leipzig; neue Leistungsmöglichkeiten eröffnen sich durch die Wiederingliederung des erzgebirgischen Erzbergbaues und durch die riesige Planung der Benzingerinnung bei Böhlen. Auch der weitere Ausbau des sächsischen Straßennetzes, besonders aber die große Autobahnstraße Dresden—Chemnitz—Weerane wird Tausende von Menschen auf lange Sicht beschäftigen. Gewaltig wird auch der Auftrieb für die sächsische Textilindustrie sein, der sich allein aus der Herstellung von rund einer Million Festanzüge der Deutschen Arbeitsfront für die sächsische Arbeiterklasse ergibt. Als ausgesprochenes Textilland und als besonders hart betroffenes Grenzland wird Sachsen darauf rechnen können, auch aus anderen Teilen des Reiches erhebliche Aufträge für die Festanzüge hereinzubekommen. Auch in allen anderen Zweigen der Wirtschaft ist die Regierung unablässig bemüht, Arbeit zu beschaffen und — wie zahlreiche Beispiele der letzten Zeit beweisen — stillgelegte Betriebe wieder aufzubauen.

Dabei ist sich die Regierung durchaus klar darüber, daß sie die unachtreue Arbeitslosigkeit, die sie bei der Machtüber-

nahme vorkand, nicht mit einem Schlag sondern nur in zähem, jahrelangem Kampf beseitigen kann. Ohne die freudige Mitarbeit aller deutschen Menschen — vom jüngsten Lehrling bis zum letzten Unternehmer — gibt es kein Aufwärts. Das ist ja schließlich die Erkenntnis, die unser Volk aus diesem entscheidenden Jahr gewonnen hat, daß mit der bequemen Methode des egoistischen Spielers „Hannemann, geh du voran!“ radikal aufgeräumt werden mußte. Wenn heute wieder der Arbeitermann im blauen Kittel mit dem Studenten, der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber marschiert, und wenn heute der Arme so gut wie der Reiche nach besten Kräften die tausendfältige Not zu lindern bemüht ist, dann erkennen wir erst, welche umstürzende seelische Wandlung sich im deutschen Menschen vollzogen hat.

Nur aus dieser seelischen Haltung heraus konnte das großartig angelegte Winterhilfswerk gelingen, das die Ärmsten unserer Volksgenossen vor dem bittersten Elend bewahrte. Welches Volk der Erde ist imstande, uns das nachzumachen? Doch mit den Erfahrungen dieses ersten Winterfeldzuges künftig der Not noch schärfer zu Leibe gegangen werden kann, dafür bürgt die Idee, bürgen die mit der Durchführung betrauten Stellen. Dabei immer wieder oberster Grundsatze bleiben wird, daß die beste Wohlfahrtspflege die Arbeitsbeschaffung ist.

Die greifbaren Erfolge des ersten Jahres der nationalsozialistischen Arbeitsschlacht und die gewaltigen Pläne für das kommende Jahr zeigen besser als alle Worte, daß es nach jahrelangem Abwärtsgehen in Sachsen wie im Reich auf allen Gebieten wieder aufwärts geht. An die Stelle des dumpfen Sichgehenlassens ist wieder Tatkraft und Vertrauen getreten; der deutsche Mensch hat wieder den Glauben an sich und sein Volk gewonnen. Ein Volk, das diesen Glauben nicht hat, gibt sich auf, und der sächsische Menschenschlag hat im Wandel der Jahrhunderte schon oft bewiesen, daß er genug moralische Werte in sich hat, das Schicksal zu meistern. Dieses moralische Kapital ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg; denn nur ein innerlich gefestigtes und gesundes Volk kann den Existenzkampf im Reigen der Nationen bestehen.

Doch wir diesen Kampf bestehen werden, dafür bürgt Adolf Hitler und das in geschlossener Einigkeit hinter ihm stehende Volk. Sachsen wird dabei in der vordersten Front stehen.

Die Feierpende für Sachsen

1,4 Millionen Lebensmittel- und 800 000 Kohlenpulver- und Kohlenpulver werden in Sachsen verteilt

Die Gauleitung Sachsen der NSDAP hatte die Kreisleiter, die Gaureferenten und Gauredner der NSDAP zu einer Arbeitstagung in den Plenarsaal des Landtags berufen. Der stellvertretende Gauleiter, Innenminister Dr. Fritsch, eröffnete die Tagung mit einem Vortrag über die politische Lage. Die Durchdringung von Volk und Staat mit dem Geist des Nationalsozialismus sei in Sachsen besonders weit gediehen, da wegen der Übereinstimmung in den Organen der Partei und des Staates die Voraussetzungen günstiger seien als anderswo. Dadurch, daß Gauleiter Mutschmann gleichzeitig Reichsstatthalter sei, werde die Einheitlichkeit aller Maßnahmen der Bewegung und des Staates gewährleistet. Der Einbau der alten Parteigenossen in die politischen Stellen des Staates habe seit dem März vorigen Jahres ständig Fortschritte gemacht. Die Reaktion sei in ihren Kampfmitteln ein viel gemeinerer Feind als der erledigte Marxismus. Die Nationalsozialisten wüßten genau, wo die Reaktion läge und mit welchen Mitteln sie arbeite.

Gauleitungsdirektor Studentowski kennzeichnete die neuen Methoden der nationalsozialistischen Schulungsarbeit. Es gelte jetzt, die Reaktion auf ihren eigenen Gebieten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

Gauleitungsdirektor Salzmann sprach über Aufgaben und Technik der Propaganda. Die Kulturpolitik müsse in nächster Zeit im Vordergrund der propagandistischen Arbeit stehen. Gauleitungsdirektor Harbauer ergänzte die Ausführungen des Gauleitungsdirektors durch Bemerkungen über die Technik der erfolgreichsten Redner der nationalsozialistischen Bewegung.

Der Führer der Sächsischen Arbeitsfront, Pg. Stiehl, unterrichtete über den organisatorischen Aufbau und die inneren Verhältnisse der Arbeitsfront, der NSBO und der Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Der Landesleiter der NS-Volkswohlfahrt, Büttner, teilte u. a. mit, daß am 30. Januar in Sachsen keine Feiern stattfinden werden; dafür würden an diesem Tage in Sachsen 1 430 000 Lebensmittelmarken im Werte von je 1 RM und 800 000 Kohlenpulvermarken ausgegeben mit einem Gesamtwert von 2,4 Millionen RM.

Hindenburgs Vertrauen zu Hitler

Handschreiben des Reichspräsidenten an den Reichskanzler

Anläßlich des heutigen Jahrestages der Uebernahme der Führung der Reichsregierung durch Adolf Hitler hat der Reichspräsident ein Handschreiben an den Reichskanzler gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!
Die Wiederkehr des Tages, an dem ich Sie im Vorjahre zur Führung der Reichsregierung berufen und zum Reichskanzler ernannt habe, ist mir Anlaß, Ihnen in herzlichster Dankbarkeit zu gedenken und Ihnen meine aufrichtige Anerkennung für Ihre hingebende Arbeit und Ihre große Leistung auszusprechen. Vieles ist in dem seither abgelaufenen Jahre zur Beseitigung der Wirtschaftsnote und zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes geschehen und große Fortschritte sind gemacht worden; aber es bleibt auch noch vieles zu tun übrig, bis Not und Schwäche endgültig überwunden sind. Ich vertraue auf Sie und Ihre Mitarbeiter, daß Sie das so talträchtig begonnene große Werk des deutschen Wiederaufbaues auf der Grundlage der nun glücklich erreichten nationalen Einheit des deutschen Volkes im kommenden Jahre erfolgreich fortsetzen und mit Gottes Hilfe vollenden werden!“

In dieser Zuversicht verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
(gez.) von Hindenburg.“

Flaggenverbot im Saargebiet

Die „Saarbrücker Zeitung“ hatte in ihrem Zeitungsgebäude, in ihrer Buchhandlung und in ihrer Filiale einen Auszug angebracht, in dem die Bevölkerung aufgefordert wurde, zur Feier des Tages der Wiederkehr der nationalen Revolution ihre Häuser zu beflaggen. Die Regierungskommission hat daraufhin sämtliche Auszüge beschlagnahmt.

Für all die herzliche Teilnahme beim Heimgange meiner unvergesslichen lieben Mutter, Schwieger- und Grossmutter
Frau Emilie Worm
danken wir hierdurch **herzlichst**.
Besonderen Dank der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz für die Hilfsbereitschaft und die erwiesene Teilnahme.
Ottendorf-Okrilla, am 30. Juni 1934.
In stiller Trauer
Rudolf Worm u. Familie
Die Urnenbeisetzung auf hiesigem Friedhof findet Mittwoch abend 6 Uhr statt.

Lernt die Heimat kennen!
Als schönes Geschenk das wertvolle Heimatbuch
Aus den Tagen unserer Vorfahren
Historische Aufzeichnungen aus der Vergangenheit des Dorfes Dobra bei Kadeburg und seiner Umgegend.
Preis: in Ganzleinen 1.50 M., in Halbleinen 1.25 M.
Buchhandlung Herm. Rühle.

Handarbeiten
zur Verschönerung Ihres Heims
Strumpf- und Pullover-Wollen
Stickmaterial, Häkelseiden etc.
empfiehlt in grosser Auswahl
Handarbeitsgeschäft W. Fuchs
Ottendorf-Okrilla.

Februar
1
Donnerstag

Bezugsbeginn!
Bestellen auch Sie für Februar die Ortszeitung
In jede Familie gehört die Ottendorfer Zeitung.

„Jah“ Frauenverein.
Donnerstag, 1. Febr.
abends 8 Uhr
Jahres-Hauptversammlung
im **Gasthof gold. Ring.**
Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gönner herzlich willkommen. Die Vereinsf.

Tüten
und
Bentel
in großen u. kleinen Mengen
sowie
Kaffeebeutel
gibt ab
Hermann Rühle.
Papierhandlung.

Taube
entflogen (Silber - Lahore)
Gegen Belohnung abzugeben.
Rsch. Fentsch, Bergstr. 2.
Kalender
für 1934!
Buchhandlung H. Rühle.

Sächsisches SA

Ski-Treffen
Oberwiesenthal
11. Februar 1934

Deutscher Sieg in der Viererbobweltmeisterschaft
In der am Wochenende auf der Rieserferseebahn bei Garmisch zum Austrag gelangten Viererbobweltmeisterschaft brachte der erste deutsche Bob „Olympia“ mit Hans Killan am Steuer dem nationalsozialistischen Deutschland den ersten Weltmeistertitel ein. Der Bob siegte in 5:32,7 vor Rumänien 1, Frankreich 1 und Oesterreich 1.

Mitteldeutscher Fußball
Wieder Ueberrassungen in der Fußballgauliga
Die Spiele der Fußballgauliga am Sonntag endeten fast sämtlich mit unerwarteten Ergebnissen. VfB Leipzig, der bisher mit dem Dresdner SC punktgleich an der Spitze lag, wurde in Chemnitz vom Volkssportverein 3:1 (3:1) geschlagen und fällt dadurch auf den zweiten Tabellenplatz zurück. Die Spitze hält nunmehr allein der Dresdner SC, der unerwartet sicher 4:0 (2:0) gegen Wacker Leipzig gewann. Guts Muts Dresden setzte sich — nach den letzten Leistungen unerwartet — gegen SC Planitz mit 2:0 durch. Der Chemnitzer SC erzielte in Plauen gegen den 1. Vogtl. FC nur ein 1:1. VfB Glauchau hatte Mühe, die Spielvereinigung Falkenstein mit 4:3 zu bezwingen. — Tabellenstand: Dresdner SC 55:15 Tore und 24:4 Punkte; VfB Leipzig 39:18 und 22:6; Guts Muts Dresden 33:32 und 20:8; Volkssportverein 26:20 und 18:8; VfB Glauchau 34:23 und 14:10; Chemnitzer SC 22:37 und 10:18; Sport- und FC Plauen 32:64 und 9:17; Wacker Leipzig 36:31 und 10:18; SC Planitz 35:52 und 9:19; 1. Vogtl. FC Plauen 16:40 und 6:20; Spielvereinigung Falkenstein 19:50 und 4:20.

